

Zukünftige Grundzüge der Grundstückspolitik

Dem Grundsatzbeschluss zur Umstellung des Verfahrens für die zukünftige Grundstückspolitik steht der CRB ablehnend gegenüber. Zum jetzigen Zeitpunkt eine so kostenintensive Maßnahme durchzuführen halten wir für abwegig.

Gestatten Sie mir kurz einige Anmerkungen dazu:

Die im CSU-Antrag vorgebrachten Argumente mag in einigen Teilen sinnvoll sein.

Aber schon der Vergleich mit Ulm bei der Grundstückspolitik ist nicht nachvollziehbar. Diese vorbildliche Grundstückspolitik ist seit über 100 Jahre gewachsen. Auch deren Anfänge waren nicht einfach und es war auch noch eine völlig andere Grundstücks- und Währungssituation.

Zudem hat Ulm im Vergleich zu Memmingen deutlich mehr Flächen, um Vorrat bzw. Tauschflächen zu erwerben, zur Verfügung. Wie in der Vorlage festgestellt wurde, steht Memmingen nur relativ wenig Tauschland zu. Interessante Tauschflächen stehen nur im Norden und Westen zur Verfügung.

Sollte Memmingen Tauschflächen erwerben wollen, müssen diese mit hohem, finanziellem Aufwand erworben werden, die dann möglicherweise, mehrere Jahre stillliegen, und andere Investitionen verhindern. Wenn ein Eigentümer nicht dringend finanzielle Mittel braucht, verkauft er nicht, oder nur in Verbindung mit eigenen Bauvorhaben.

Entscheidend ist auch, wie das bisherige Verhältnis des Eigentümers zur Stadt ist?

Ist dies negativ beeinflusst wird ein Verkauf nur über Dritte oder gar nicht möglich.

Auch bei den Ankaufsbemühungen durch die Stadt sind mehrere Mitarbeiter mit den notwendigen Zuarbeiten zu beschäftigen. Diese müssen Ihre Tätigkeit dann auch abends und am Wochenende leisten. Hier sind, wie oben erwähnt, hohe finanzielle Aufwendungen zu erwarten. Ebenso ist es wichtig welches Rechtsverhältnis für den Bereich Grundstücke angestrebt wird. Eine Abteilung innerhalb der Verwaltung oder ein Unternehmen Öffentlichen Rechts um wendig und aktiv am Markt auftreten zu können?

Unter Berücksichtigung dieser Punkte wird es schwierig, Investoren und Gewerbetreibende geeignete Flächen zur Verfügung zu stellen.

Demzufolge besteht die Gefahr, dass diese in die Umlandgemeinden abwandern. Die Konkurrenz insbesondere von Memmingerberg ist derzeit eminent.

Wenn alle diese Punkte berücksichtigt werden, wird uns klar, dass in der derzeitigen, finanziellen Situation an eine geänderte Grundstückspolitik nicht zu denken ist. Wir haben hohe finanzielle Aufgaben vor uns. Wir sollten uns bemühen die Corona-Krise und den damit verbundenen Haushalt der nächsten Jahre auf sichere Füße zu stellen.

Deshalb lehnt der CRB, wie schon im Hauptausschuss, den Beschluss ab, schlagen, auch wegen der Entwicklung unseres städtischen Haushalts, eine Verschiebung um mindestens ein Jahr vor.